

Der neo-liberale Elfenbeinturm und die Linke

Zu den Produktionsbedingungen der heterodoxen ÖkonomInnen

Joachim Becker

Die gegenwärtige Krise hat einen Großteil der Mainstream-ÖkonomInnen in Erklärungsnot gebracht. Krisen waren weder Gegenstand ihres Erkenntnisinteresses noch ihrer Modellwelt. Das hat zu einem begrenzten öffentlichen Reputationsverlust geführt. Allerdings zogen die Erklärungsdefizite – zumindest in den Zentrumsländern – keine Öffnung innerhalb der Disziplin nach sich. Die heterodoxen Ökonomieströmungen haben eher Deutungen zur Krise anzubieten. Doch hat sich in der Krise gezeigt, dass ihre Verbindungen zum sozialen und politischen Aktivismus in den letzten Jahrzehnten schwächer geworden sind. Hierfür lassen sich Gründe in der veränderten Wissensproduktion in den Universitäten, aber auch in veränderten politischen Sozialisierungsmustern linker SozialwissenschaftlerInnen finden. Diesen Veränderungen und ihren Folgen werde ich nachspüren, aber auch Anstößen für kritische Wissenschaft aus sozialen Bewegungen heraus nachgehen.

Veränderungen in der Wissenschaftsorganisation

Vor einem Jahr traf ich in Istanbul die Mitorganisatorin einer internationalen Konferenz kritischer ÖkonomInnen im Vorjahr, und sie fragte mich, wie mir die Konferenz damals gefallen hätte. Aufgefallen waren mir der große Überhang abstrakter Papiere und das relativ geringe Interesse an konkreten krisenbezogenen Analysen. Diesen Eindruck teilten wir. Und damit kamen wir zu der Frage, wie das eigentlich zu erklären ist. Dabei schälten sich zwei Haupterklärungen für den Hang der linken westeuropäischen ÖkonomInnen zur Abstraktion und die damit verbundene nur begrenzte politische Interventionsfähigkeit heraus: veränderte Wissenschaftsorganisation und geringere politische Erfahrungen vieler AkademikerInnen oder doch zumindest eine veränderte Form politischer Sozialisation.

Die Organisation des Wissenschaftsbetriebes ist in den letzten Jahrzehnten als Teil der neo-liberalen Offensive stark verändert worden. Zum einen sind Privatisierung und Kommerzialisierung im Universitätsbereich in vielen Ländern vorangetrieben worden, andererseits ist im Bereich der öffentlichen Hochschulen über die Normen des New Public Management eine »quasimarktliche Funktionsweise« (Stückelová 2012: 16, siehe auch Pelizzari 2005) forciert worden. Zu den besonders lukrativen Bereichen der Privatisierung der Hochschulen zählen auch wirtschaftswissenschaftliche Bereiche, speziell Betriebswirtschaft und Management, denn diese gelten potenziell einträglich bei Studiengebühren und damit als besonders lukrativ (vgl. Kaščák/Pupala 2012: 144). Daher gehören sie zu jenen Bereichen, in denen Ausbildungskonzerne, speziell angelsächsischer Provenienz, international expandieren (vgl. z.B. *ibid*: 143ff., Arslan/Odman 2011: 599ff.). Die Zurichtung der Universitäten auf Kommerzialisierung beschränkt sich allerdings nicht allein auf offene

Privatisierungspolitiken. Sie betrifft auch die öffentlichen Hochschulen. Als Teil des New Public Management werden neue Formen der vertragsmäßiger Beziehungen, der Normsetzung und eines Quasiwettbewerbs eingeführt. Diese weisen Parallelen zum Planungssystem auf, das bürokratische Lenkungsmethoden mit stimulierenden Elementen eines Quasiwettbewerbs verbinden wollte (vgl. zu entsprechenden Organisationsmethoden z.B. Zentrales Forschungsinstitut für Arbeit 1979). In beiden Fällen werden Verträge zwischen politischen Zentralinstanzen – dem Ministerium heute, der Planungsbehörde in den staatssozialistischen Ländern – und den dezentralen Einheiten – heute Universitätsleitungen, damals Kombinatdirektoren – ausgehandelt. Hierbei werden bestimmte Zielnormen definiert (vgl. Dzierzbicka 2006). Diese Normen werden dann innerhalb der dezentralen Einheiten weiter heruntergebrochen. Besonders straff sind diese Form der Aushandlung vertraglicher Leistungsnormen und die Belohnung der Normübererfüllung bzw. Sanktionierung der Untererfüllung in den angelsächsischen Ländern umgesetzt worden. Was im Staatssozialismus die Auszeichnung als sozialistischer Musterbetrieb mit hoher Planübererfüllung war, das ist in der neo-liberalen Universitätslandschaft das Punkten in Universitätsrankings. Sie legitimiert hohe Studiengebühren bzw. hohe öffentliche Mittelzuweisungen.

Im Zentrum der akademischen Normsetzung steht die wissenschaftliche Produktion. Die Normen werden hier auf eine bestimmte Form des wissenschaftlichen Output – die Publikationen und die Einwerbung von Drittmitteln – bezogen (Stückelová 2012: 26ff.). Damit werden für WissenschaftlerInnen Anreize geschaffen, möglich viel zu veröffentlichen bzw. Forschungsprojekte an Land zu ziehen. Dies ist bei enger Spezialisierung und geringer Variation einer Fragestellung leichter zu bewerkstelligen als bei einem breiten Forschungsfocus. Diesem können sich kritische WissenschaftlerInnen nur schwer entziehen. Daher wird die Spezialisierung auch bei kritischen SozialwissenschaftlerInnen in der Tendenz enger. Das heißt: weniger synthetisierende Arbeiten und umfassende Vergleiche. Aber auch aufwendige empirische Forschungen – quantitativer wie qualitativer Art – sind unter dem Blickwinkel kurzfristig orientierter Publikationsmaximierung nicht günstig. Dies befördert die Abwendung vom Konkreten.

Die wissenschaftlichen Produktionsnormen werden aber stratifiziert – auch für Publikationen, Konferenzen etc. sind Rankings eingeführt worden. Sie spiegeln die Kräfteverhältnisse im jeweiligen disziplinären Feld wider. Dies bedeutet eine Benachteiligung aktueller Themen, für die es nicht immer ein konstituiertes Theorie- und Methodenset gibt, interdisziplinärer Forschung, denn diese bewegt sich im Regelfall an den Rändern des jeweiligen Feldes. In der Ökonomie wird die Auseinandersetzung innerhalb des disziplinären Feldes im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften mit besonderer Härte geführt. Für kapitalistische Länder sind die Wirtschaftswissenschaften aufgrund der starken Bedeutung der ökonomischen Sphäre eine »Leitwissenschaft«.

Die Definitionsmacht für den Output liegt stark bei Mainstream-ÖkonomInnen, die ihrerseits oft nicht schlecht in die Sphäre von Unternehmen und Politik verbunden sind (vgl. Mirowski 2012). Für den Mainstream steht zwar überwiegend die »Formalisierung rein logischer Problemstellungen« (Pahl 2011: 376) im Vordergrund, aber es werden jedoch oftmals »marktfreundliche« wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen aus den Modellen abgeleitet, ohne die Modellannahmen zu

problematisieren (vgl. zur fehlenden Reflektion der Modellannahmen Musil 2012: 1013f.). Aufgrund dieser Verteilung der Definitionsmacht erfreuen sich Journals, die eine zentrale Rolle für die Mainstream-Ökonomie einnehmen, eines besonders hohen Rankings. Sie stehen heterodoxen ÖkonomInnen kaum oder gar nicht offen (Dobusch/Kapeller 2011: 392ff., 396ff.). Damit steigt auf diese Publikationsdruck in anderen Bereichen. Abhängig davon, wie eng die Normen jeweils beim Ranking definiert werden, kann diese Klassifizierung zum Knock-Out-Kriterium werden, beispielsweise bei Berufungen. Allerdings ist auch für den Mainstream-Bereich – und das nicht nur für die ÖkonomInnen, sondern auch bei anderen SozialwissenschaftlerInnen – eine Präferenz für theoretische Arbeiten und zu Ungunsten »angewandter« und damit politiknäherer Forschung festzustellen (vgl. Stückelová 2012: 17ff.). In die politikferne Richtung weist auch die Tendenz, englischsprachige Zeitschriften besonders hoch zu bewerten. Politische Debatten – auch wirtschaftspolitische Debatten – werden oft im nationalen Rahmen und in der jeweiligen nationalen Sprache geführt. Die Beteiligung an derartigen Debatten wird aber durch die gängigen Indikatorensysteme systematisch abgewertet. Die Indikatoren weisen oft in den Elfenbeinturm. Die Orientierung auf die angelsächsischen Zeitschriften drängen zudem Wissenschaftstraditionen an den Rande, die eine starke Verankerung außerhalb der angelsächsischen Welt haben (vgl. Liessmann 2006: 134), wie die stärker soziologisch geprägten Ansätze der französischen heterodoxen Ökonomie oder lateinamerikanische Ansätze. Zumindest ein Teil dieser Ansätze integrierte das Politische in die theoretischen Konzepte und verbindet die Bildung theoretischer Konzepte mit der Untersuchung des Konkreten.

Im Vergleich zur Publikationstätigkeit sind Politikberatung und Ähnliches in den Indikatorensystemen in der Regel geringer bewertet, wobei sie eher im Kontext von Drittmittelinwerbung thematisiert werden. Speziell weiche Formen der Wissensvermittlung – z.B. an soziale Bewegungen, marginalisierte gesellschaftliche Gruppen – durch SozialwissenschaftlerInnen sind in den Indikatoren nicht gefragt oder zumindest sekundär (Stückelová 2012: 17f., 26ff.). Für die Bewertungssysteme gilt: »Real ist, was audit-fähig ist« (ibid.: 16). Direkt bilanzierbar ist auch bezahlte Auftragsforschung. Sie ist allerdings unmittelbar bestimmten Interessen verpflichtet. Im Bereich der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung haben Unternehmen, Unternehmerverbände und staatliche Organisationen als besonders zahlungsfähig zu gelten. Damit bekommt die angewandte Forschung einen spezifischen Bias.

Die genannten Publikationskriterien waren in der Regel auch ausschlaggebend bei der Nachbesetzung von ProfessorInnenstellen. Von daher ist es nicht überraschend, dass die Zahl der heterodoxen ÖkonomInnen an Universitäten in den letzten Jahren zurückgegangen ist (Dobusch/Kapeller 2011: 390), in manchen Ländern konnten allerdings durch Ansätze zur Institutionalisierung relativ neuer Felder wie Gender Studies (Feministische Ökonomie) oder Ökologie auch neue Nischen geöffnet werden. Die tendenzielle Marginalisierung heterodoxer Ökonomie hat nicht in allen westeuropäischen Ländern das gleiche Ausmaß. Besonders krass stellt sich die Lage in Deutschland dar. In der BRD konnte aufgrund der neo-merkantilistischen Ausrichtung der ökonomischen Strategien nicht einmal der Keynesianismus mit seiner Orientierung auf binnenwirtschaftliche Stimulierung und eine ausgeglichene Außenwirtschaftsbilanz richtig Fuß fassen. In der progressiven Reformperiode der frühen 1970er Jahre kam es kurzzeitig an einigen Universitäten zur Institutionalisierung

rung heterodoxer Ökonomie (einschließlich marxistischer Ökonomie, siehe Kisker 2011: 116ff.). Mit der Emeritierung dieser ProfessorInnen wurden vielfach die Lehrstühle entweder eingezogen oder durch den Mainstream besetzt. Österreich weist zwar eine etwas stärker pluralistische Tradition auf, aber auch diese erodiert.

Neo-liberale Hochschul-Gegenreformen, New Public Management und einseitige Stellenbesetzungen führen in den meisten Universitäten zu einer Lehre, die an Vereinheitlichung noch über die wissenschaftlichen Publikationen hinausgeht (Dobusch/Kapeller 2011: 394f.). Die Uniformisierung der universitären Lehre, bei der die Ökonomie andere Sozialwissenschaften noch übertrifft (Pahl 2011: 370), hat durch den Bologna-Prozess der EU stark an Schwung und institutioneller Fundierung gewonnen. Modularisierung und Herstellung von Vergleichbarkeit sind hierbei zentrale Elemente der Vereinheitlichung (vgl. Liessmann 2006: 107ff., Hartmann 2006: 87ff., Kaščák/Pupala 2012: 132ff.). Nicht mehr Bildungsprozesse, sondern Einpassbarkeit in den Arbeitsmarkt wird mehr und mehr zur bestimmenden universitären (Aus-)Bildungsnorm (Kaščák/Pupala 2012: 121f.).

In der Ökonomie kommt kanonisierten Lehrbüchern von Mainstream-TheoretikerInnen die Rolle eines Leitmediums bei der Uniformisierung der Lehrinhalte zu (Pahl 2011). Sowohl heterodoxe Ansätze als auch aktuelle wirtschaftspolitische Fragestellungen werden tendenziell im wirtschaftswissenschaftlichen Lehrbetrieb an den Rand gedrängt. Nicht nur gegen die Einführung von Studiengebühren als Teil der Kommerzialisierung der Universitäts(aus)bildung, sondern auch gegen die Vereinheitlichung und Modularisierung der Lehrangebote hat es in verschiedenen Ländern, teils anhaltende, Studierendenproteste gegeben. Besonders scharf war die Kritik von Studierenden an wirtschaftswissenschaftlichen Studieninhalten.

Komplementiert wird das neo-liberale Management- und Kontrolldispositiv durch privatwirtschaftliche Akkreditierungs- und Qualitätssicherungsagenturen (Hartmann 2008: 89). Diese Veränderungen implizieren eine »Entparlamentarisierung« der Wissenschafts- und Bildungspolitik (Kaščák/Pupala 2012: 128) und gehen mit einer Entdemokratisierung der inneren Verfasstheit der Universitäten einher. Sie haben die Produktions-, Arbeits- und Bildungsbedingungen an den Universitäten dramatisch verändert: In den Sozialwissenschaften sind die Möglichkeiten partizipativer sowie auf gesellschaftlich benachteiligte Gruppen orientierter Forschung, wie auch der Pluralismus in Forschung und Lehre, tendenziell eingeschränkt worden, letzteres im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften speziell in der Ökonomie.

Veränderte politische Sozialisierung

Die veränderten Arbeits- und Produktionsbedingungen an den Universitäten (aber auch anderen Forschungseinrichtungen) sind allerdings nur ein, wenn auch wichtiges, Erklärungselement für die verminderte Anschlussfähigkeit kritischer Forschung für sozialen und politischen Aktivismus. Ein weiteres Element ist aus meiner Sicht die politische Sozialisierung und Erfahrung. Wissenschaftliches Arbeiten kann nur dann passende Analysen, Szenarien sowie wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte für politische Aktivitäten liefern, wenn hierbei die politische Konstellation und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die möglichen AkteurInnen und politisch denkbare Strategien in Rechnung gestellt werden. Wissen über die Aktionsweise und das Erkenntnisinteresse (verschiedener) politischer AkteurInnen erscheint mir un-

erlässlich. Ein solches Wissen lässt sich nicht allein auf der Schul- oder Universitätsbank ersitzen. Eigene politische Praxis und Erfahrung sowie angewandte politische Bildung (oder auch Schulung) sind essenziell, um politisch relevant zu forschen, zu publizieren sowie zu politischen und gesellschaftlichen AkteurInnen in Austausch zu treten.

Mir scheint, dass sich in den letzten drei Jahrzehnten (die ich selbst überblicken kann) der politische Erfahrungshorizont von kritischen SozialwissenschaftlerInnen verändert hat. Durch die Zwangsmobilität, die durch fehlende durchgängige Karriereöglichkeiten zumindest in den deutschsprachigen Ländern geschaffen wird, ist längeres politisches Engagement an einem Ort kaum mehr möglich. Prekär beschäftigte SozialwissenschaftlerInnen, wie beispielsweise LektorInnen, müssen zwar nicht immer den Arbeitsort wechseln, werden aber durch zersplitterte Lehrverpflichtungen oder die Notwendigkeit von Projektbeantragungen so in Atem gehalten, dass kaum Zeit für Politik bleibt. Die Aktivität in breiter angelegten politischen Organisationen (Parteien, Gewerkschaften etc.) mit dem Zwang zur Allianzbildung und Akzeptanz von innerorganisatorischen Kompromissen, aber auch eigenen Formen politischer Schulung hat tendenziell abgenommen (vgl. allgemeiner Streeck 2012: 41 ff.). Politische Aktivitäten oder Aktivismus von kritischen SozialwissenschaftlerInnen sind, so ist mein Eindruck, stärker in Mittelschichts- und speziell akademischen Milieus befangen. Hierin spiegelt sich allerdings möglicherweise auch eine Abkehr vieler Mitte-Links-Parteien von den unteren Klassen (vgl. hierzu Amable et al. 2012: 103 ff., 115 ff.) wider. Dies bedeutet einen relativ engen Erfahrungshintergrund, ein spezifisches Handlungsrepertoire und eine stark akademisch eingefärbte Sprache. Frank (2013) hebt in einem jüngst in *Le Monde diplomatique* erschienenen Beitrag zur Occupy Wall Street-Bewegung hervor, dass diese zwar Anfangs zündende Parolen gefunden habe, dann aber durch die stark akademische Prägung vieler ihrer AktivistInnen in akademischer Selbstbeschäftigung versunken und nicht zur Herausbildung dauerhafter organisatorischer Strukturen sowie zu einer Erweiterung ihres gesellschaftlichen Aktionsradius in der Lage gewesen sei.

Die Frage der Relevanz der Arbeit kritischer SozialwissenschaftlerInnen und damit auch ÖkonomInnen für soziale und politische AktivistInnen hängt auch von Stand und Arbeitsweise sozialer Bewegungen ab. Soziale Bewegungen weisen Zyklen wachsender und wieder abnehmender Aktivität auf. So wie die aktuelle Krisendynamik in den EU-Ländern unterschiedlich ist, gilt das auch für die Dynamik und partiell die soziale Basis der sozialen Protestbewegungen gegen die dominanten Muster der (Spar-)Politik (vgl. Becker 2012). Mitte-Links-Parteien zeigen sich zudem tendenziell seit Jahren weniger aufnahmebereit für politische Impulse aus sozialen Protestbewegungen (vgl. Andretta et al. 2009: 161 ff.). Die Verknüpfungen zwischen kritischer Intellektuellen und der konzeptionellen und theoretischen Arbeiten und der politischen Arbeit auf der Linken ist historisch in Kontinentaleuropa stärker gewesen als in Großbritannien. Nicht durch Zufall hat ein britischer Intellektueller, Perry Anderson (1976), den Begriff »westlichen Marxismus« für einen im Wesentlichen akademischen Marxismus geprägt, weiter im Osten – und das gilt schon für das nahe Frankreich – ist der Marxismus im engen Zusammenhang mit der ArbeiterInnenbewegung entstanden. Auch heute scheinen mir die Bindungen zwischen kritischen SozialwissenschaftlerInnen und sozialen Bewegungen in großen Teilen Kontinentaleuropas stärker als in Großbritannien.

Defensiv-Positionen in den Kernländern

Die skizzierten institutionellen Veränderungen des Wissenschaftsbetriebes haben allerdings in der aktuellen Krise insgesamt – auch für den ökonomischen Mainstream – zu einer abnehmenden Präsenz universitärer SozialwissenschaftlerInnen in der öffentlichen Diskussion geführt. Im Vergleich zu den universitären ÖkonomInnen spielen in vielen europäischen Ländern WirtschaftspublizistInnen bzw. politiknahe Wirtschaftsforschungsinstitute eine relativ herausgehobene Rolle. In einigen wirtschaftspolitischen strategischen Fragen ist eine verstärkte Ausdifferenzierung innerhalb des Mainstreams festzustellen. Das gilt vor allem für die Frage, ob ein Austritt südeuropäischer Mitgliedsländer der Euro-Zone sinnvoll wäre. Diese Debatte innerhalb des Mainstreams spiegelt eine politische (und soziale) Spaltung bezüglich der europäischen Integrationspolitik innerhalb der politischen Rechten wider. Ähnliches gilt allerdings auch für die politische Linke (vgl. zu den Spaltungslinien mit speziellem Bezug auf Frankreich Amable et al. 2012: 67ff.). Dies spiegelt sich inzwischen auch deutlicher in der linken Europa-Diskussion wider. Die strukturellen Divergenzen zwischen Zentrum und Peripherie in der EU waren allerdings in den letzten beiden Jahrzehnten nicht nur in der Mainstream-, sondern auch in der kritischen sozialwissenschaftlichen Diskussion zu den europäischen Entwicklungsmustern in den Hintergrund geraten. Insofern hat dieser Krisenfaktor auch große Teile der kritischen SozialwissenschaftlerInnen, inkl. ÖkonomInnen, überrascht. Hingegen wurden die in den Finanzialisierungsprozessen angelegten Krisentendenzen von heterodoxen ÖkonomInnen frühzeitig erkannt und herausgearbeitet (vgl. z.B. Erturk et al. 2008).

Bis auf wenige Ausnahmen hatten weder die AktivistInnen sozialer Bewegungen noch die kritischen ÖkonomInnen und andere SozialwissenschaftlerInnen in den Kernländern eigene Erfahrungen mit einer Krise einer vergleichbaren Größenordnung. Entsprechend zögerlich und auch von Unsicherheiten geprägt waren die Reaktionen. Die linken Krisendiskussionen hatten – im deutschen Sprachraum – einen Abstraktionsüberhang. Speziell die europäische Dimension der Krise wurde in der Tendenz erst relativ spät thematisiert. Hierin kommen Defizite einer kritischen Europa-Forschung zum Ausdruck. Tendenziell laufen Krisenanalysen zu verschiedenen Aspekten der Krise – ökonomische, soziale und politische Krise einerseits und ökologischer Krise andererseits – parallel und werden auch von unterschiedlichen sozialen Bewegungen aufgegriffen.

In den großen europäischen Kernländern stellen sich die Stellung der heterodoxen Ökonomie und deren Bezüge zu sozialen Bewegungen unterschiedlich dar. Großbritannien ist zwar die Wiege für diverse Mainstream-Strömungen, aber die heterodoxe Ökonomie hat an verschiedenen Orten eine institutionelle Verankerung. Es gibt sogar eine gar nicht kleine Schar marxistischer ÖkonomInnen. Allerdings handelt es sich um eine stark akademisch geprägte Variante des Marxismus – und damit verbundene zahlreiche Kontroversen die mit der Auslegung der Marx'schen bzw. marxistischer Schriften zu tun haben. Allerdings werden die angelsächsischen Debatten – dank der akademischen Vormachtstellung des Englischen – auch im Ausland relativ breit diskutiert. Es sind in Großbritannien einige wichtige Beiträge zur Krise entstanden. Politisch die stärkste Diskussion – allerdings in Südeuropa – haben Beiträge zur Frage ausgelöst, ob Griechenland und andere südeuropäische Länder die Euro-Zone als Teil einer linken Strategie verlassen sollten oder nicht.

Angestoßen wurde diese Diskussion durch mehrere Arbeitspapiere von einer Gruppe um Costas Lapavistas, die für einen durch die Schuldner initiierten Default und Austritt aus der Euro-Zone als Teil einer linken transformativen Strategie plädierten (zusammenfassend Lapavistas et al. 2012). In der Gegenposition wurde hingegen für eine linkskeynesianisch angelegte EU-weite Politik, die sich auf europäische Mobilisierung stützen sollte plädiert (z.B. Onaran 2012). Ähnliche Debatten gibt es – auch ohne jeden Bezug zur angelsächsischen Diskussion – auch in den anderen EU-Ländern.

Unter den großen westeuropäischen Ländern hat Frankreich die stärkste heterodoxe Tradition. Sie ist zudem stärker soziologisch geprägt als die angelsächsischen Traditionen. Zur französischen heterodoxen Tradition gehört auch eine starke marxistische Strömung, die eng mit der politischen Linken und den Gewerkschaften verbunden war. Es gelang sogar zeitweise, heterodoxe ökonomische Konzepte in der Sekundarschulbildung zu verankern. Mit didaktischen Anklängen erscheint in Frankreich sogar ein kritisches ökonomisches Monatsmagazin – *Alternatives économiques*. In den letzten Jahren ist die heterodoxe Ökonomie, speziell in ihrer marxistischen Ausprägung, an den Universitäten allerdings unter zunehmendem Druck. Die Besetzung von ProfessorInnenstellen läuft in Frankreich hochgradig zentralisiert – und die entsprechende Instanz ist derzeit ganz dem Mainstream verpflichtet, mit flächendeckenden Konsequenzen. In Wirtschaftsforschungsinstituten wie dem OFCE sind keynesianisch-orientierte Positionen allerdings nach wie vor stärker vertreten als in Deutschland. Im Vergleich zu Deutschland, Großbritannien, aber auch Österreich weist die wirtschaftspolitische Debatte in Frankreich auch heute noch eine kritischere Färbung auf.

Die Verbindungen zwischen linken ÖkonomInnen und sozialen Bewegungen sind in Frankreich nach wie vor relativ stark. Eine institutionalisierte Form dieser Kooperation besteht im wissenschaftlichen Beirat von Attac (Frankreich). Linke ÖkonomInnen haben in kollektiver Form immer wieder in wirtschaftspolitische Debatten eingegriffen. Die jüngste Initiative dieser Art ist ein Manifest der *Les Économistes Atterrés*, das im Namen von mehr als 700 ÖkonomInnen aus unterschiedlichen Theorietraditionen, einige gängige Kernmythen der Anti-Krisen-Politik demontierte und Alternativen aufzeigte (*Les Économistes Atterrés* 2010). Dem Manifest sind mehrere kleine und größere Bände gefolgt, die sich speziell, aber nicht nur mit der EU-Anti-Krisenpolitik auseinandersetzen und Alternativen entwickeln. Die Veröffentlichungen der *Économistes Atterrés* haben in den südeuropäischen EU-Ländern zum Teil eine recht starke Resonanz erfahren.

Besonders gering ist die Verankerung heterodoxer Ökonomie an den deutschen Hochschulen. Nach der Emeritierung der kritischen ProfessorInnen, die in den 1970er Jahren berufen worden war, sind selbst die wenigen damals entstandenen Orte institutionalisierter kritischer Ökonomie überwiegend geschleift worden, und die DDR-Wirtschaftswissenschaften, einschließlich ihrer Sparte Kapitalismus-Forschung, wurden komplett abgewickelt (zu letzterem siehe Kowalski 2011). Damit kommen Inhalte jenseits des Mainstreams auch in der Lehre kaum noch vor. In den anderen Sozialwissenschaften ist die Situation weniger dramatisch.

Trotz der Positionsverluste an den Hochschulen gelang es jedoch die 1975 gegründete *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*, wegen ihrer jährlich als Alternative zu den Berichten des Sachverständigenrates erscheinenden Memoranden

besser bekannt als *Memo-Gruppe*, als politischen Arbeitszusammenhang kritischer ÖkonomInnen zu erhalten. Auch einige aus der DDR stammende ÖkonomInnen haben sich der Memo-Gruppe angeschlossen. Die Arbeit der Memo-Gruppe ist stark auf die deutsche Wirtschaftspolitik, einschließlich der divergenten Entwicklung in West- und Ostdeutschland (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2010), fokussiert. Die europäische Integration hat jedoch in ihrer Arbeit zunehmendes Gewicht gefunden, wie die jährlichen Memoranden der Gruppe, aber auch ein Sonder-Memorandum aus dem Jahr 2011 (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2011) zeigen. Ihre Alternativvorschläge haben eine (links-)keynesianische Prägung.

Etwas vielfältiger als auf Universitätsebene stellt sich die Lage bei den Wirtschaftsforschungsinstituten dar. Mit dem relativ jungen *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung* (IMK) gibt es zumindest ein stark konjunkturpolitisch orientiertes Forschungsinstitut mit prononciert keynesianischer Ausrichtung. Es wird durch das gewerkschaftsnahe *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut* (WSI) komplementiert, das einen etwas breiteren Fokus hat. An der Schnittstelle zwischen politiknaher Sozialforschung, Parteien und teils auch sozialen Bewegungen befinden sich die Parteistiftungen mit ihren unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen bei *Friedrich-Ebert-Stiftung* (SPD-nahe), *Heinrich-Böll-Stiftung* (Grünen-nahe) und *Rosa-Luxemburg-Stiftung* (Linkspartei-nahe). Deren Offenheit für heterodoxe Positionen in der Ökonomie differiert allerdings deutlich. Im begrenzten Rahmen wird auch kritische sozialwissenschaftliche Forschung in einzelnen NGOs betrieben. Ähnlich wie in Frankreich hat auch Attac (Deutschland) über einen wissenschaftlichen Beirat die Kooperation mit kritischen WissenschaftlerInnen institutionalisiert.

In Österreich sind die Universitäten (noch) durch etwas mehr Positionsvielfalt in den Wirtschaftswissenschaften gekennzeichnet als in Deutschland. Die außeruniversitäre Sozialforschung, in der auch interessante kritische Sozialforschung zu finden ist, wird allerdings derzeit in Österreich weitgehend abgewickelt. Über das sozialpartnerschaftliche Erbe wird auch heute noch eine gewisse Pluralität in der Wirtschaftsforschung gewährleistet. Mit der Arbeiterkammer gibt es eine starke gewerkschaftsnahe Forschungseinrichtung. Die parteinahen Stiftungen (oder Bildungswerke) sind hingegen nicht so stark profiliert wie in Deutschland.

Der Beigewum, der auch Herausgeber des Kurswechsels ist, ist eine politisch orientierte Vereinigung kritischer ÖkonomInnen, aber auch anderer SozialwissenschaftlerInnen. Er setzt sich vor allem mit Themen der österreichischen und EU-Wirtschafts- und Sozialpolitik auseinander. Relativ stark sind kritische ÖkonomInnen auch in Attac (Österreich) vertreten, das stärker den Charakter einer sozialen Bewegung hat. Bewegungs- und protestorientierte Aktionsformen sind in Österreich tendenziell etwas schwächer verbreitet als in Deutschland und speziell in Frankreich. Dafür sind Kontakte in den Staatsapparat enger.

Auf EU-Ebene, aber mit starker Fokussierung auf Westeuropa, gibt es einzelne linke Think-Tanks. Linke ÖkonomInnen aus der EU (und vereinzelt auch aus anderen europäischen Ländern) fassen jährlich im Euro-Memo eine kritische Einschätzung der Entwicklungen auf EU-Ebene ab und unterbreiten euro-keynesianische Gegenvorschläge zur gängigen EU-Politik. In der EU-weiten (wenn auch uneinheitlichen) Vernetzung und der Schaffung einer gemeinsamen EU-weiten Plattform stellt Euro-Memo-Gruppe eine Ausnahme bei der wirtschaftspolitischen Positionierung kritischer europäischer ÖkonomInnen dar. Auch wenn EU-Themen von Grup-

pen kritischer ÖkonomInnen immer stärker bearbeitet werden, so ist ihr politischer Aktionsradius in der Regel nationalstaatlich. Gleiches gilt – trotz einzelner Ansätze einer grenzüberschreitenden Kooperation – auch für soziale Bewegungen.

Generell befinden sich kritische ÖkonomInnen in den Universitäten der westeuropäischen Kernländer in einer Minderheitsposition und in der Defensive. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bieten in unterschiedlichem Maße Anknüpfungspunkte für eine (relativ politiknahe) kritische wissenschaftliche Arbeit. In Frankreich – mit der historisch am stärksten entwickelten Protestkultur und historisch relativ engen Bindungen zwischen kritischen WissenschaftlerInnen und politisch-sozialen Bewegungen – ist die Verbindungen zwischen linken WirtschaftswissenschaftlerInnen und Bewegungen wohl unter den Kernländern am stärksten.

Neue Initiativen in den europäischen Peripherieländern

In den letzten Jahren sind erste Ansätze einer neuen Linken in verschiedenen Ländern Osteuropas entstanden. Von ihnen gehen auch Impulse für kritische Sozialwissenschaft, inkl. Ökonomie, aus. Da sie im Wesentlichen in den jeweiligen nationalen Sprachen publizieren, werden sie in den westeuropäischen Ländern bislang kaum wahrgenommen. Ihre innenpolitische Wirkung hängt allerdings gerade von der Präsenz in der jeweiligen nationalen oder auch engeren regionalen Öffentlichkeit (tschechisch-slowakisch bzw. post-jugoslawisch) ab.

Für linke Politik und linke Sozialwissenschaft, inkl. Ökonomie, ist das Terrain in Osteuropa sehr kompliziert. Der offizielle Diskurs hat eine stark anti-linke Stoßrichtung, der Marxismus oder genauer Marxismus-Leninismus hat als offizielle Doktrin der staatssozialistischen Länder starke Verengungen (und auch Deformationen) erfahren. In der Tschechoslowakei ist in der Normalisierungsperiode (1969–89) die kreative marxistische Diskussion der 1960er Jahre – der »Prager« aber auch der »Bratislaver« Frühling – erstickt worden. Dennoch ist in den letzten Jahren eine zunehmende Ernüchterung über die neo-liberale Politik in der Tschechischen Republik und der Slowakei erkennbar, die Diskussion ist zumindest – auch unter dem Eindruck der aktuellen Krise – etwas offener geworden. In diesem Kontext sind neue linke politische Initiativen entstanden. Damit ist auch eine neue Generation von Linksintellektuellen, die sowohl politisch aktiv, als auch teilweise im wissenschaftlichen Milieu verankert ist, an die Öffentlichkeit getreten. Ihre wissenschaftliche Arbeit hat einen starken politischen Impetus. Sie hat eigene, überwiegend digitale Medien geschaffen, publiziert aber auch in Mainstream-Medien. Die Schaffung eines kollektiven slowakisch-tschechischen kritischen Wirtschaftsblog – *Kritická Ekonomia* – ist eine Komponente dieser Initiativen. Der Blog kommentiert aus unterschiedlichen Sichtweisen sowohl die slowakische und tschechische als auch die EU-Wirtschaftsentwicklung und -Wirtschaftspolitik. Ein Teil seiner Beiträge wird von einer großen Tageszeitung in Bratislava, der *Pravda*, wie auch von einer tschechischen linksalternativen digitalen Tageszeitung, *Denik Referendum*, übernommen. Unter anderem hat die Gruppe systematisch für das Ende der slowakischen Flat Tax und die Wiedereinführung einer progressiven Einkommenssteuer argumentiert und so zu einer Veränderung des intellektuellen Klimas beitragen. Nach dem Wahlsieg der sozialdemokratisch orientierten *Smer* im Frühjahr 2012 ist die Flat Tax auch tatsächlich abgeschafft worden. In der Tschechischen Republik sind die wenigen kri-

tischen ÖkonomInnen und größere Gruppen anderer kritischer SozialwissenschaftlerInnen Teil von Initiativen gegen die strikte Austeritätspolitik der Prager Regierung, aber auch an der Entwicklung von konkreten Alternativkonzeptionen beteiligt (vgl. z.B. Svihlíková 2011).

Noch komplizierter als in der Tschechischen Republik und der Slowakei stellt sich die Lage aufgrund des Erbes der Kriege in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens dar. Selbst hier sind Ansätze einer neuen intellektuellen und politischen Linken zu erkennen. Am günstigsten war wohl die Ausgangssituation in Slowenien, wo Ansätze einer alternativen politischen Szene erhalten blieben und auch einzelne profilierte linke ProfessorInnen an Universitäten zu finden waren. In Kroatien ist im Gefolge der Protestbewegungen von 2008–2010 an den Universitäten eine außerparlamentarische Protestbewegung entstanden (vgl. Horvat/Štiks 2010, Kanzleiter 2012: 117ff.). Diese hat sich auch außer einer explizit linken Position kritisch gegenüber einem EU-Beitritt Kroatiens im Vorfeld des Referendums über diese Frage positioniert (vgl. Ćurković 2012). Engagiert auf Seiten der Protestierenden ist diese neue Linke, die noch in ihrer Institutionalisierungsphase ist, aber auch in den starken, vor allem von den Gewerkschaften getragenen, Protesten gegen die Sparpolitik in Slowenien sowie den eher lokalen Protesten gegen Privatisierungen und ausstehende Gehaltszahlungen in Serbien (vgl. Kanzleiter 2012: 115ff., 120ff.). Die junge Generation von Linksintellektuellen tritt einerseits zu tagespolitischen Fragen publizistisch – teils in eigenen, überwiegend digitalen Medien, teils auch in Mainstream-Medien – an die Öffentlichkeit, hat andererseits eigene polit-ökonomische Analysen der kapitalistischen Transformationsprozesse im post-jugoslawischen Raum entwickelt. Hierbei werden eigene, oft marxistische Interpretationsmuster entwickelt und auch speziell der periphere Charakter der im Transformationsprozess durchgesetzten Kapitalismen herausgearbeitet (vgl. die Studien in Popović/Gajić 2011, Veselinović et al. 2011, Jazdić et al. 2012). Die Theoriearbeit ist durch ein starkes politisches Erkenntnisinteresse gekennzeichnet. Erste Schritte in Richtung einer Institutionalisierung, z.B. durch Gründung eigener Publikationsorgane oder kleiner Think-Tanks, sind unternommen worden, aber das politische und gesellschaftliche Umfeld ist sehr schwierig. Auch einzelne Ansätze für ein alternatives Bildungsangebot gibt es in manchen osteuropäischen Ländern.

Die neuen osteuropäischen Erfahrungen sind fragil, aber sie bringen durch ihr politisches Erkenntnisinteresse für wissenschaftliche Fragen, ihr gesellschaftspolitisches Engagement wie auch ihr originelles theoretisches Herangehen wichtige Anstöße. Sie sind Beispiele für Ansätze einer Erneuerung kritischer Wirtschafts- und Sozialwissenschaft ausgehend von politischem Engagement.

Schlussfolgerungen

Für die Erneuerung kritischer Ökonomie und anderer Sozialwissenschaften sind Impulse von sozialen und politischen Bewegungen essenziell. Gleichzeitig müssen sie (neue) Formen der Institutionalisierung finden. Aber auch die Re-Demokratisierung und Re-Pluralisierung der Universitäten, durch die sich die Arbeits- und Produktionsbedingungen in universitärer Forschung und Lehre verändern würden, sind für eine Öffnung des akademischen Feldes gegenüber der Gesellschaft und speziell sozialen und politischen Bewegungen mit emanzipatorischen Ansprüchen unerlässlich.

Denn in ihrer gegenwärtigen Verfassung sind auch die kritischen SozialwissenschaftlerInnen in den Universitäten nur begrenzt in der Lage, Impulse aus sozialen und politischen Bewegungen aufzunehmen.

Literatur

- Amable, Bruno/ Guillaud, Elvire/ Palombarini, Stefano (2012) *L'économie politique du néolibéralisme. Le cas de la France et de l'Italie*. Paris.
- Anderson, Perry (1976) *Considerations on Western Marxism*. London.
- Andretta, Massimiliano et al. (2009) *No Global – New Global. Identität und Strategien der Antiglobalisierungsbewegung*. Frankfurt a.M./ New York.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2010) *Deutsche Zweiheit – Oder: Wie viel Unterschied verträgt die Einheit? Bilanz der Vereinigungspolitik*. Köln.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2011) *Sondermemorandum Februar 2011. Euroland in der Krise: Ein Sieben-Punkte-Programm zur Wirtschafts- und Währungsunion*. Bremen.
- Arslan, Hakan/ Odman, Aslı (2011) *İstanbul Bilgi Üniversitesi'ndeki Şirketleşme ve Sendikalaşma Süreci*. In: Ercan, Fuat/ Kurt, Serap Kurkusuz (Hg.) *Metalaşma İktidarın Baskısındaki Üniversite*. Istanbul, 593-632.
- Becker, Joachim (2012) *Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU*. In: *Prokla*, 42 (3), 467-476.
- Čurković, Stipe (2012) *Europa, kapital, demokracija: Napomene o Europskoj uniji i nacionalnoj državi*. www.slobodnifilozofski.com/2012/04/stipe-curkovic-europa-kapital.html (abgerufen, 4. 12. 2012).
- Dobusch, Leonhard/Kapeller, Jakob (2011) *Wirtschaft, Wissenschaft, Politik: Die sozialwissenschaftliche Bedingtheit linker Reformpolitik*. In: *Prokla*, 41 (3), 389-404.
- Dzierzbicka, Agnieszka (2008) *Universitäten im (Auf-)Bruch: Vereinbaren will gelernt sein*. In: *Juridikum*, Nr. 2, 91-95.
- Erturk, İmail et al. (Hg.) *Financialization at Work. Key Texts and Commentary*. London/ New York.
- Frank, Thomas (2013) *Occuper Wall Street, un mouvement tombé amoureux de lui-même*. In: *Le Monde diplomatique*, 70 (706), 4-5.
- Hartmann, Eva (2008) *Der Bologna-Prozess und seine Durchsetzungskraft – das Spannungsverhältnis von Legitimation, Legitimität und Legalität*. In: *Juridikum*, Nr. 2, 85-90.
- Horvat, Srećko/ Štiks, Igor (2010) *Pravo na pobunu. Uvod na anatomiju građanskog otpora*. Zaporešić.
- Jazdić, Miloš/ Maljković, Dušan/ Veselinović, Ana, Hg. (2012) *Kriza, odgovori, levice. Prilozi za jedan kritički diskurs*. Belgrad.
- Kašćák, Ondrej/ Pupala, Branislav (2012) *Škola zlatých golierov. Vzedelávanie v ére neoliberalizmu*. Prag.
- Kanzleiter, Boris (2012) *Politische Sozialproteste im Südosten Europas im Zeichen der Krise. Vergleichende Momentaufnahmen aus Slowenien, Kroatien, Serbien und Rumänien*. In: Gallas, Alexander/ Nowak, Jürgen/ Wilde, Florian (Hg.) *Politische Streiks im Europa der Krise*. Hamburg, 114-128.
- Kisker, Klaus Peter (2011) *Das Elend bundesdeutscher Forschung und Lehre*. In: Krause, Günter/ Luft, Christa/ Steinitz, Klaus (Hg.) *Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands. Erfahrungen – Defizite – Herausforderungen*. Berlin, 109-119.
- Kowalski, Reinhold (2011) *Die Kapitalismusforschung in der DDR – Entw- und Abwicklung*. In: Krause, Günter/ Luft, Christa/ Steinitz, Klaus (Hg.) *Wirtschaftstheorie in zwei Gesellschaftssystemen Deutschlands. Erfahrungen – Defizite – Herausforderungen*. Berlin, 73-83.
- Lapavitsas, Costas et al. (2012) *Crisis in the Euro Zone*. London/New York.
- Les Économistes Atterrés (2010) *Manifeste d' économistes atterrés. Crise et dettes en Europe: 10 fausses évidences, 22 mesures en débat pour sortir de l'impasse*. Paris.
- Liessmann, Konrad Paul (2006) *Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft*. Wien.

- Mirowski, Philip (2012) Mumbo Jumble: The underwhelming response of the American economics profession. Open Democracy, 28.2.2012 www.opendemocracy.net/print/64435 (abgerufen: 18. 1. 2013).
- Musil, Jiří (2012) Poznání a jednání v sociální oblasti – variace na Weberovo tema. In: Sociologický časopis, 48(5), 1009-1016.
- Onaran, Özlem (2012) An internationalist programme as an answer to the Euro crisis. In: Kurswechsel, Nr. 1, 122-126 .
- Pahl, Hanno (2011) Textbook Economics: Zur Wissenschaftssoziologie eines wirtschaftswissenschaftlichen Genres. In: Prokla, 41 (3) 369-387.
- Pelizzari, Alessandro (2005) Marktgerecht Studieren. New Public Management an den Universitäten. In: Paulo Freire Zentrum/ Österreichische HochschülerInnenschaft (Hg.) Ökonomisierung der Bildung. Tendenzen, Strategien, Alternativen. Wien, 83-101.
- Popović, Željko/ Gajić, Zoran, Hg. (2011) Kroz tranziciju. Prilozi teoriji privatizacije. Novi Sad.
- Streeck, Wolfgang (2012) Citizens as Customers. Considerations on the New Politics of Consumption. In: New Left Review, Nr. 76, 27-47.
- Stückelová, Teresa (2012) Nebezpečné znamosti. O vztahu sociálních věd a společnosti. Prag.
- Švihlíková, Ilona (2011) Systémové alternativy kapitalismu. Analýza současné krize: základní náčrt nového systému. In: Dinuš, Peter/ Hohoš, Ladislav (Hg.) Svet v bode obratu. Systémové alternativy kapitalizmu.. Koncepcie, stratégie, utópie. Bratislava, 42-56.
- Veselinović, Ana/ Atanacković, Petar/ Klarić, Željko, Hg. (2011) Izgubljeno u tranziciji. Kritička analiza procesa društvene transformacije. Beograd.
- Zentrales Forschungsinstitut für Arbeit Dresden (1979) Erfahrungen der Leistungsbewertung in produktionsvorbereitenden Bereichen. Dresden (hekt.).